

Bürgerinitiativen sind ein wichtiges basisdemokratisches Instrument um soziale ökologische und auch soziale politische Ziele im Sinne der Bevölkerung und mit der Bevölkerung, auch gegen die Beschlüsse von Politik durchzusetzen.

Unsere Bürgerinitiative hat das große Ziel, dass die neue Beitragssatzung des neuen AöR auf sozial gerechter Grundlage die Herstellungskostenbeiträge erheben wird. Dabei ist zu beachten, dass unsere Kläranlage auf Grund von mehrmaligen Grenzwertüberschreitungen durch die Lebensmittelindustrie überlastet ist und der ZAW und jetzt weiterführend der AÖR auf Druck des Landes beschlossen haben die Kläranlage zu erweitern.

Vorraussetzung für eine Fördermittelgabe des Landes waren die Fusion mit anderen Abwasserverbänden, die ja gescheitert ist und die Erhebung von Herstellungskostenbeiträgen.

Vier große Lebensmittelindustriebetriebe aus Weißenfels haben sich beim damaligen ZAW auch stark für diese geplante Erweiterung eingesetzt.

Die Beitragssatzung des damaligen ZAW zeigte auf, dass gerade die Lebensmittelindustrie nur mit dem kleineren HKB 2 belastet werden sollte. Wir sehen hier eine Verletzung des Vorteilsprinzips. Denn immer wieder wurde von der Geschäftsführerin des damaligen ZAW betont, dass 70% des Abwassers von der Lebensmittelindustrie produziert wird und nur 30% von der Bevölkerung.

Unser Fazit : »Die Lebensmittelindustrie hat den größten Vorteil und Nutzen, wenn die Kläranlage erweitert wird und sollte deshalb auch dementsprechend mit einem höheren Beitrag zur Kasse gebeten werden.«

Dass es anders geht, nämlich sozial gerecht, beweisen uns die Länder Bayern und Berlin/Brandenburg.

Ein erster Runder Tisch mit dem damaligem ZAW brachte kleine Fortschritte hinsichtlich der Ziele der Bürgerinitiative. Doch mit der Gründung der AöR scheinen wir wieder auf dem Anfangsstand der Kommunikation vom Juli 2012 angelangt zu sein. Der Verwaltungsrat des AöR hat in willkürlicher rechtsbeugender, undemokratischer Art und Weise die Bürgerfragestunde gestrichen, die wir als Bürgerinitiative in der ersten Sitzung des AöR im neuem Jahr jedoch erzwungen haben.

Ob nun die neue Beitragssatzung der AöR sozial gerecht gestaltet sein wird, oder weiter der Lebensmittelindustrie den Vorteil des niedrigen HKB zuerkennt, bleibt abzuwarten.

Die Situation in Weißenfels ist im Land Sachsen Anhalt einmalig und ein Präzedenzfall. Aus diesem Grund stehen wir nach wie vor zu unserem Ziel und werden auch, wenn nötig, den Klageweg beschreiten.

In unserer Bürgerinitiative sind alle Berufssparten vertreten. Wir haben Mitglieder aus der Ärzteschaft, aus dem Rechtswesen, Inhaber kleiner mittelständischer Betrieb und wir haben als Mitglieder auch Fachleute in Richtung Wasserwirtschaft.

Die Stadträte von Weißenfels erleben zum ersten Mal die geballte Kraft von Wutbürgern in der Kommunalpolitik. Sie waren bis zum Juli 2012 waren sie bei den Sitzungen fast unter sich. Und nun müssen sie erleben, dass eine Bürgerinitiative kein Priesterseminar, kein

Streichelzoo und auch keine der politikhörigen Bürger sind. Es sind Bürger, die ihre eigene Meinung haben und ernstgenommen werden sollten, es sind Bürger die die Ignoranz von Stadträten in der Bürgerfragestunde erlebten und es sind Bürger, die ausdauernd und permanent anwesend sind und dies seit Juli 2012. Die Stadträte sind hinsichtlich der ungebrochenen gleichbleibenden Teilnehmerzahl der montäglichen Demonstranten ziemlich verunsichert und nervös. Denn wir haben zwei Wahljahre vor uns.

Dass die Bürger im Kampf um ihre sozial gerechten Ziele nicht leicht zu handhaben sind, versteht sich von selbst. Da bleiben kontroverse Diskussionen und Plakate die nicht jedem Stadtrat passen, eben nicht aus. Da gibt ab und zu auch Plakate, auf welchen sich die Bürger Luft machen, weil es optisch und akustisch ebenso ist, dass viele Stadträte eben den Bürgern nicht zu hören.

Wir sind ja nach den Worten des OB auch keine Bürger, sondern nur Nutzer und wir haben ja Wahrnehmungsverluste, wie der OB sich in der Vorletzten ÄÖR Sitzung äußerte.

Kein Mitglied des Vorstandes unserer Bürgerinitiative ist parteilich gebunden und somit ist eine Partei auch keinem Mitglied des Vorstandes weisungsbefugt. Und das ausgerechnet gerade die eine Partei öffentlich in der Mitteldeutschen Zeitung die Bürgerinitiative zur Sachlichkeit aufruft, ist Polemik, Wahlkampf und grotesk.

Denn als der Vorstand der Bürgerinitiative in der Bürgerfragestunde einer Stadtratssitzung zum Ende des Jahres 2012 den Antrag auf Sozialtarife Strom stellte, lachten die Fraktionsmitglieder der Stadtfraktion dieser Partei. Diese Stadtfraktion, deren Partei die sich eigentlich soziale Gerechtigkeit auf die Fahne geschrieben hat, haben diesen Antrag nicht ernst genommen. Wir fühlten uns ausgegrenzt, nicht ernst genommen und ziemlich stark verschaukelt.

Die Stadtfraktion dieser Partei, deren Vorsitzender im Rausch in der Öffentlichkeit an parkenden Autos in der Nicolaistraße Spiegel abtritt und durch seine Partei nicht mit politischen Konsequenzen rechnen muss, Vorsitzender der Fraktion bleibt, mahnt die Bürgerinitiative zur Ordnung und Sachlichkeit?

Der Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden der Stadtfraktion dieser Partei provozierte in der zweiten Demo im August 2012 in der Öffentlichkeit die anwesenden Demonstranten aufs Äußerste – und ausgerechnet diese Partei mahnt zur Sachlichkeit? Das können wir politisch und moralisch nicht verstehen und nicht ernst nehmen.

Wir sind auf die Mitglieder der AÖR zugegangen, einmal durch eine Pressemitteilung in der MZ und zum zweiten Mal in der vorletzten AÖR Sitzung mit der Aufforderung und Bitte, einen neuen runden Tisches mit dem Vorstand, unserer Rechtsanwältin und diversen Experten zu bilden. Wir möchten ein konstruktives Rundtischgespräch im Zuge der Erarbeitung der neuen Beitragssatzung führen. Denn wir sind nicht nur Nutzer, sondern auch Bürger, die für die Erweiterung der Kläranlage löhnen sollen. Ein Mitspracherecht und gegebenenfalls in naher Zukunft einen Bürgerhaushalt, sind Vorschläge die wir machen hinsichtlich einer sozial gerechten diskriminierungsfreien Ausgestaltung der Öffentlichen Daseinsvorsorge